Deutsche Börse

Rückhalt für Faber schwindet

Nach dem Rücktritt von Börsenchef Carsten Kengeter wächst der Druck auf Aufsichtsratschef Joachim Faber. Mehrere große Aktionäre der Deutschen Börse werfen dem Chefkontrolleur vor, er habe die Affäre um möglichen Insiderhandel schlecht gehandhabt und hätte Kengeter früher austauschen müssen. Offenbar wäre der umstrittene Manager dazu bereit gewesen. Kengeter habe in den vergangenen Monaten zweimal seinen Rücktritt angeboten, ist aus dem Umfeld des Konzerns zu hören. Faber habe sich jedoch dagegen gesperrt. Der Aufsichtsratschef hatte den früheren Investmentbanker Kengeter vor zweieinhalb Jahren zur Deutschen Börse geholt, unter anderem mit dem Ziel, eine große Fusion oder Übernahme einzufädeln. Kengeter scheiterte jedoch mit dem Versuch, die Börse mit der London Stock Exchange (LSE) zu fusionieren. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm in diesem Zusammenhang Insiderhandel vor, was nach monatelangen Diskussionen nun zum Rücktritt führte. Hintergrund ist ein Aktienvergütungspaket für Kengeter, das auf Betreiben Fabers zustande kam und von dem Vorstandschef umgesetzt wurde, während er sich in Verhandlungen mit der LSE befand, so der Verdacht. Kengeter bestreitet die Vorwürfe. „Faber muss gehen“, fordert der Vertreter eines wichtigen Aktionärs. Er habe nicht nur in der Causa Kengeter versagt, sondern auch im Umgang mit der Fusion rund um den Brexit. Auch im Aufsichtsrat wird Faber mittlerweile offenbar kritisch gesehen. Im Umfeld des Gremiums heißt es, selbst die Anteilseignerseite stehe nicht mehr geschlossen hinter ihm. mhs



BORIS ROESSLER / DPA

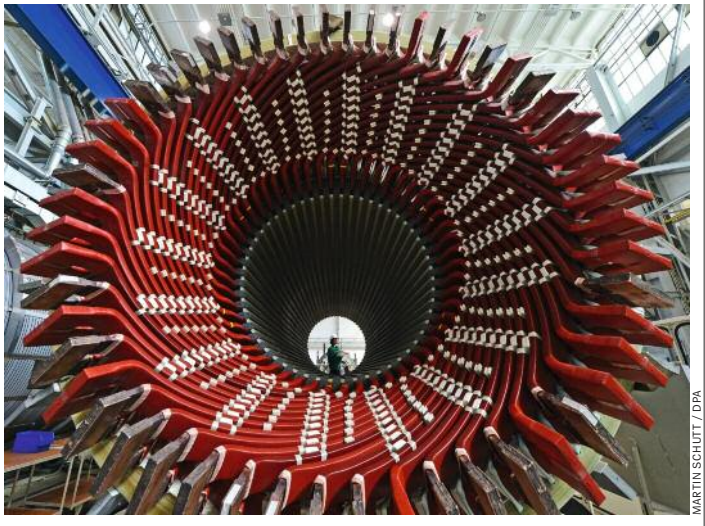
Kengeter

Siemens

Belegschaft will Widerstand leisten

Der Siemens-Führung stehen massive Auseinandersetzungen mit der Belegschaft bevor. Der Grund sind angebliche Pläne für einen drastischen Personalabbau in der Kraftwerks- und Industriesparte. Nach bislang unbestätigten Berichten will die Siemens-Führung in diesen Bereichen mehrere Tausend Jobs streichen und weltweit rund ein Dutzend Standorte aufgeben oder verkaufen. Obwohl die Einzelheiten bislang nicht bekannt sind, lösen die Pläne im Konzern bereits jetzt heftige Gegenreaktionen aus. Allein am vergangenen Mittwoch demonstrierten in Erfurt, Mülheim und Erlangen mehr als tausend Beschäftigte gegen die mögliche Schließung von Betrieben. In Erfurt trafen sich Beschäftigte zu einem Schweigemarsch, in Mülheim kündigten Teilnehmer auf Plakaten an: „Wir werden kämpfen wie die Löwen.“

An anderen Standorten machten die Mitarbeiter in ausgedehnten Betriebsversammlungen, mit Unterschriftenaktionen und Kundgebungen ihrem Ärger und ihrer Verunsicherung Luft. Trotzdem wurden bei einer Sitzung des Wirtschaftsausschusses am Donnerstag dieser Woche noch keine Details mitgeteilt. Wann die Konzernführung das nachholen will, ist bislang offen. did



MARTIN SCHUTT / DPA

Siemens-Generatorenwerk in Erfurt



Kobaltabbau im Kongo

HARTMUT SCHWARZBACH / ARGUS

Rohstoffe

Zu viele Schlupflöcher

Zu den Aufgaben einer neuen Bundesregierung gehört es, eine EU-Verordnung zu Mineralien aus Konfliktregionen umzusetzen, und dazu wird sie voraussichtlich ein eigenes Gesetz formulieren. Im Juli war das Brüsseler Papier in Kraft getreten, demnach müssen Produzenten und Importeure von Gold, Wolfram, Tantal und Zinn dafür sorgen, dass die Rohstoffe nicht aus Konfliktgebieten stammen. Der Arbeitskreis Rohstoffe, ein Netzwerk von Nichtregierungsorganisationen, kritisiert Teile der Verordnung. „Sie bietet zu viele Schlupflöcher“, sagt der Arbeitskreis-Sprecher Michael Reckordt. So nehme Brüssel das verarbeitende Gewerbe aus der Pflicht, etwa die Elektro- und die Autoindustrie. Zudem beschränke sie sich auf vier Rohstoffe, unberücksichtigt bliebe etwa Kobalt, ein wichtiges Metall für die Batterieherstellung. Mehr als 60 Prozent der Weltproduktion stammt aus Bergwerken im Kongo, einem Land, das bekannt ist für Kinderarbeit und schlechte Arbeitsbedingungen.

Der Arbeitskreis erwartet von der neuen Regierung, dass sie Nachbesserungen an den Brüsseler Vorgaben vornimmt. Bei Androhung von Strafgeldern sollte sie Unternehmen verpflichten, ihre Lieferketten auf die Verletzung von Menschenrechten hin zu prüfen. Und diese müssten transparent dokumentieren, welche Maßnahmen sie vorgenommen haben, um die negativen Auswirkungen zu mindern. aju